

der Brotgetreideversorgung seitens der Regierung selbst ergriffen. Eine Studienkommission hat sich vor geraumer Zeit in Dänemark über die Entwicklung des dortigen starken Roggenverkehrs orientiert und festgestellt, daß tatsächlich Roggenbrot in allen Bevölkerungsschichten bis hinauf in die wohlhabenden Kreise das Welgenbrot verdrängt hat. Deutschland aber kauft 200 000 Tonnen amerikanischen Weizen — auf Pump, dafür aber zu einem Preise, der 50 Prozent über dem augenblicklichen Weltmarktpreise liegt. Das verarmte Deutschland sein Weizen nicht zu anderen Zwecken nötiger als für gepumpte Samen? Das Ueberangebot deutschen Roggens aber ist für die menschliche Ernährung nicht unterzubringen, wird exportiert und wandert in den Schweinemägen, der für die Kartoffelüberproduktion eine viel bessere Veredelungsmöglichkeit bietet.

Man mag mit einer gewissen Befriedigung feststellen, daß die Einfuhr von Nahrungsmitteln im August gesunken ist, aber bei der heutigen schweren Krisenlage hätte die Zuteilung von Devisen für alle entscheidenden Fremdwaren völlig eingestrichelt werden müssen. Die Angst, handelspolitisch anzuklopfen, dürfte nicht maßgebend sein — im Gegenteil, je eher das Ausland am eigenen Geldbeutel merkt, wie arm Deutschland geworden ist, um so besser. Eine wirksamere Aktion gegen die Deutschland verfluchtenden Reparationszahlungen gibt es nicht. Auch Bindungen auf handelspolitischen Gebiet dürfen nicht aufschlagend sein. Wenn Frankreich mit nur 100 000 Arbeitslosen das Recht für sich in Anspruch nimmt, eine deutsche Wirtschaft schwer schädigende Einfuhrzölle für Holz und Wein zu erlassen, um wieviel mehr sollte Deutschland zu außerordentlichen Maßnahmen berechtigt sein. Die Geldkrise, die wir noch längst nicht überwunden haben, gibt uns aber die beste Gelegenheit zu handelspolitischen Maßnahmen, deren Durchführung in normalen Zeiten unmöglich ist. Und nun — wenige Wochen nach der beispiellosen Geldkrise — ist die Devisenwirtschaft schon wieder so verwallert, daß auch dieser letzte Hoffnungsblimmer auf eine schnelle, wirksame Hilfe von handelspolitischer Seite aus erschanden ist. Was noch zu tun ist, zeigt die Tatsache, daß Deutschland für Gemüse, Obst, Süßfrüchte, Butter, Käse, Eier und Wein in einem halben Jahre eine Summe auszugeben hat, die, wenn sie für deutsche Lebensmittel ausgegeben worden wäre, in dieser Zeit 478 000 Familien Brot und Arbeit gegeben hätte. Ebenso gewichtige Aufgaben lassen sich für die Einfuhr von Textilien, Seiden, Kosmetik, Schmuckwaren, Spielzeug, Automobilen und anderen industriellen Fertigwaren nennen.

Diese Einfuhr steht in tristem Gegensatz zu der trostlosen finanziellen Lage unseres armen, ausgehungerten, am Rande des Abgrundes stehenden Vaterlandes. Solange die Regierung auf gesetzlichem Wege nicht einschreiten gewillt ist, sollte das deutsche Volk zur Selbsthilfe schreiten, — aber lieber heute als morgen, ehe es zu spät ist. Darum sei ein erster Appell an die deutschen Verbraucher gerichtet. Möge die deutsche Hausfrau, die noch immer 85 Prozent der Einfuhr tätigt, möge jeder deutsche Verbraucher in den letzten Krisenzeiten mit einem 4½-Millionen-Arbeitslosenheer sich immer erneut vor Augen führen, daß jede überflüssige Einfuhr von 8000 RM. Industrie-waren oder 2250 RM. Nahrungsmitteln eine deutsche Familie ein Jahr lang arbeitslos macht. Tatsächlich ist eben der Verbraucher der wahre Arbeitgeber. Für deutsche Arbeit, für deutsche Ware wirkt die „Deutsche Woche 1931“, die in den Herbstmonaten in wohl allen deutschen Städten einen für Deutschland neuen Weg nationaler Selbsthilfe beschreitet. Nur für Deutschland neu. Es gibt schon längst Schweizer, Unarische, Oesterreichische, Schwedische Wochen, nur eine „Deutsche Woche“ gab es bisher nicht. Mussolini bezeichnet jeden, der Auslandsware kauft, die im Inlande herstellbar oder durch Inlandsware ersetzbar ist, als wirtschaftlichen Deserteur. Gandhi verlangt von jedem seiner Anhänger, daß er täglich eine Stunde am Spinnrad arbeitet, um die Einfuhr englischer Stoffe zu verhindern. Möge die „Deutsche Woche“ dazu beitragen, dem deutschen Konumenten und vor allem auch der deutschen Hausfrau klar vor Augen zu führen die überragende Bedeutung des Verbrauchs deutscher Ware. Nur die Besinnung auf die eigene Kraft kann Deutschland retten. Auch der Bericht des Kaiserlichen Bankierkomitees, der nach der Juli-Krise Vorschläge für eine Sanierung Deutschlands machte, nennt als eine der Selbsthilfemaßnahmen des deutschen Volkes die Einschränkung des deutschen Imports. Wenn der Bericht weiter feststellt, daß es im allgemeinen Interesse höchst unerwünscht sei, wenn Deutschland gewonnen würde, eine derartig schroffe Politik zu wählen, so sollte diese Tatsache auch erst recht dazu führen, diesen schroffen Weg zu gehen. Unsere ganze Politik frant ja leider seit langem an einer zu großen Rücksichtnahme auf das Ausland. Wir lassen den Freihandel „Deutschland“ so gern von pazifistischen sanften Küssen über einem Panzerboot treiben, und hätten es doch

so dringend nötig, die Reichswehr zu stärken, um der Weltwirtschaft, die uns umgibt, zu entgegen und wieder auf dem sicheren Boden des deutschen Vaterlandes zu landen.

Deutschland wird sich nur emporen, wenn es wieder eine nationale Wirtschaft treibt — nicht im Sinne einer unmissigen Autarkie, wohl aber im Sinne des Primats des Binnenmarktes. In der Weltwirtschaft wird unsere Zukunft nicht liegen. Das mag für die Industrie eine bittere Enttäuschung bedeuten. Aber man wird auch in diesen Krisen unternehmen müssen und sich auf den Standpunkt eines der bekanntesten deutschen Industrieführer, Herrn Dr. Vogeler, stellen müssen, der am 8. Juni d. J. in Düsseldorf zum Ausdruck brachte, daß „nur ein Land mit

einem starken Binnenmarkt auf die Dauer eine erfolgreiche Exportpolitik treiben könne“. Stärkung des Binnenmarktes durch weitere erhebliche Drosselung der Einfuhr sei deshalb die Parole, die der deutsche Konsument durch Verbrauch deutscher Waren in die Tat umsetzen kann. Das ist praktische, nationale Selbsthilfe, deren Auswirkungen sich in Kürze in einer Anturteilung der Wirtschaft zeigen und damit auch der Arbeitslosigkeit entgegenwirken müssen. Jeder deutsche Verbraucher, der noch Geld für Auslandswaren ausgibt, der vom deutschen Erzeuger kaufen kann oder deren Erlös durch deutsche Erzeugnisse möglich ist, begeht ein Verbrechen an der deutschen Wirtschaft. Erst kommt mein Vaterland und dann die anderen alle.

## Deutsch-französische Aussprache an der Sabel

### Festessen in der französischen Botschaft

Berlin, 28. Sept. Die Zusammenkunft der deutschen und französischen Minister am Montagmittag fand auf dem zwischen Gladow und Satrow gelegenen Landhaus Bräunling-Linden statt, das dem Rittermeister a. D. Rübiger von Bräunling (kein Verwandter des Reichskanzlers) gehört. Der Plan der Reichsregierung, den freigehaltenen Montagmittag in aller Zurückgezogenheit zur Erörterung verschiedener Fragen zu benutzen, ist streng geheimgehalten worden.

Am Montagabend um 8.30 Uhr fand in der französischen Botschaft ein Festessen statt, das rein gesellschaftlichen Charakter trug. Offizielle Reden wurden daher nicht gehalten. Kaiser und Prinsesse waren von Begleitern und einer Anzahl von Herren des auswärtigen Amtes geladen, ebenso wie das diplomatische Korps der französischen Botschaft. Von ausländischen Diplomaten nahmen teil der englische Botschafter, der italienische Botschafter, der Runtius, die Gesandten von Polen, Belgien und noch einiger anderer Staaten.

### Politische Bilanz

#### Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. Sept. Am Dienstag früh werden die französischen Minister mit ihrer Begleitung die Reichshauptstadt verlassen. Der Franzosenbesuch ist damit zu Ende. Es ist Zeit, daß er nun von den Titelseiten der Zeitungen verschwindet, denn das Ergebnis ist, wie wir von Anfang an festgehalten haben, nicht wert, noch länger im Vordergrund des öffentlichen Interesses zu stehen. Alle Versuche, in die Berliner Franzosenfrage noch etwas politisch Bedeutsames hineinzugeheimnissen, müssen scheitern.

Deutschland kann es sich nicht mehr leisten, Hoffnungen zu erwecken, die doch wieder zu gramamen Enttäuschungen führen müssen.

Auch ist es sich Deutschland schuldig, nicht zu vergessen, daß es eben erst durch schwere politische Niederlagen hindurchgehen mußte, die ihm von Frankreich zugunsten worden sind. Die politischen Bündnisse, die man uns in ununterbrochener Folge seit 1919 schlug, aufsteht in der Zollunionfrage, können, wenn überhaupt, so nur durch politische Weisheit überwunden werden. Von Politik ist aber in diesen Tagen zwischen Deutschen und Franzosen ernsthaft nicht gesprochen worden. Alle für uns lebenswichtigen Fragen: Reparationsfrage, Versailleser Vertrag, Abdrückungsproblem, Grenzfragen, Kreditproblem, bleiben unerörtert.

Wie die Ratte ist man um den heißen Brei herumgegangen, hat um alles herumgesehen, anstatt wenigstens an einer Stelle den Mut zu lassen, dem Stier bei den Hörnern zu packen.

So ist dieser Besuch aber ein unverändliches Wochenendgespräch nicht hinausgekommen, und zum Schluss hat man sich dann mit Mühe und Not auf ein allgemein gehaltenes Kommuniqué geeinigt, das vielfach einige Fehlschlüsse über die politische Lage und Fruchtlosigkeit dieser beiden verlorenen Tage hinwegzutäuschen vermag.

### Die Verlautbarung selbst

In der achten Abendstunde des Montags nach ewigem Hin und Her endlich druckreif wurde, daß folgenden Text:

Der französische Ministerpräsident und der französische Außenminister sind nach Berlin gekommen, um den Besuch zu erwidern, den ihnen seinerzeit der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen in Paris abgestattet

haben. Zugleich war es ihre Absicht, ihre früheren Besprechungen zu einem Ergebnis zu führen.

Die Vertreter der beiden Regierungen haben erneut ihre Neugierde kundzutun gegeben, daß ihr Ziel die Pflege vertrauensvoller Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist. Sie sind der Ansicht, daß die Wirtschaftskrisis, unter der gegenwärtig die ganze Welt leidet, es ihnen zur gebieterischen Pflicht macht, vor allem auf weltwirtschaftlichem Gebiet ihre Bemühungen zu vertiefen, um Vorfällen zur Milderung der Not zu finden.

Den deutschen und französischen Ministern scheint es geboten, ein besonderes Organ zu schaffen, dessen Arbeit, welche greifbare Ergebnisse zu gewährleisten vermag, Sie sind dementsprechend übereingekommen.

eine gemischte deutsch-französische Kommission zu bilden, die aus Vertretern der beteiligten Zentralstellen unter Beteiligung von berufenen Vertretern der verschiedenen Zweige der Wirtschaft wie auch der Arbeitnehmer bestehen soll.

Die Leitung der Kommission wird Mitglieder beider Regierungen obliegen. Außerdem wird ein gemeinsames französisches Generalsekretariat eingerichtet. Die Kommission wird ihre Sitzungen je nach Bedarf in dem einen oder anderen Lande abhalten und ihre Arbeiten alsbald aufnehmen.

Die Kommission hat die Aufgabe, alle die beiden Völker betreffenden Wirtschaftsprüfung zu prüfen, ohne dabei die Interessen anderer Länder und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit aus dem Auge zu verlieren.

Sie wird vor allem die Möglichkeit prüfen, die bereits bestehenden Wirtschaftsvereinbarungen zu verstärken und auszubauen und neue Vereinbarungen abzuschließen, und zwar gegebenenfalls in neuen Organisationsformen. Sie wird den gegenwärtigen Stand des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern unteruchen, um die seit dem Inkrafttreten des Handelsvertrags von 1927 gesammelten Erfahrungen nutzbar zu machen. Sie wird weiter gemeinsam nach neuen Möglichkeiten suchen. Nach übereinstimmender Ansicht in diese Ausföhrung nicht ershöpfend.

Die Vertreter der beiden Länder legen Wert darauf, klar zum Ausdruck zu bringen, daß sich ihr Vorgehen nicht gegen die Wirtschaft irgendeines der beiden Lande richtet. Sie erklären,

daß sie es ablehnen, die Lösung der Kommission angewiesenen Fragen etwa in gemeinsamem Vorzeichen auf dem Gebiete von Zollschöben zu suchen.

Sie werden sich im Einklang mit den allgemerten Bestrebungen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise halten und werden die Mitarbeit anderer Völker in jedem Falle nachsuchen, wo die Sachlage dies erfordert. So kommt unter anderem die Durchföhrbarkeit internationaler Abmachungen über Schifffahrt und Luftverkehr geprüft werden.

Die Vertreter der deutschen und der französischen Regierung sind übereingekommen, daß sie hiermit den Grundstein zu einem Werk des Aufbaues legen. Dieses Werk soll der erste Schritt zu einer Gemeinschaftsarbeit sein, die ein Gebot der Stunde ist und an der mitzuwirken alle berufen sind.

Es hat den Anschein, daß die Formulierung dieser Verlautbarung den größten Teil der offiziellen Besprechungen ausgefüllt hat. Am 18. Uhr hatten Kaiser und Prinsesse die Pressevertreter zu sich ins Hotel Adlon gebeten. Kurz vor 19 Uhr traten die Einladenden, gefolgt von einem Troß französischer Journalisten, endlich in Erscheinung. Noch immer war jedoch nichts in Erfahrung zu bringen. Die französischen Minister umgaben sich mit ihren Anbängern. Der größte Teil der deutschen Zeitungsleute hielt es daher für angebracht, bald nach 19 Uhr das Hotel Adlon fürzerhand zu verlassen. Später hat dann der französische Botschafter Poncelet den französischen Text der obigen Erklärung verlesen und dann mit den beiden lateinischen Worten „C'est tout!“ (Das ist alles!) den „Empfang“ für beendet erklärt.

Was besagt nun das Kommuniqué?

Zunächst bringt es die Bestätigung, daß von Politik nicht gesprochen worden ist.

Dann wird wieder sehr allgemein von Verständigung geredet. Schließlich hat man den berühmten Aufsatz gebildet, der Mitte Oktober erstmalig zusammenzutreten soll, ob in Paris oder Berlin ist noch dahingestellt. Das Komitee erscheint als halbe Verlegenheitslösung in der Art, wie man im Völkerverbund Politik und Wirtschaft zu handhaben pflegt. Man begräbt wichtige Fragen einfach in Ausföhrungen. Und man hat dieses Komitee offensichtlich nur deshalb ins Leben gerufen — freilich jedoch nur auf dem Papier — um sich den Anschein zu geben, als sei überhaupt etwas geschehen. Schließlich kann vielleicht aus der Verlautbarung entnommen werden, daß die Franzosen von der geplanten Gründung des deutsch-französischen Handelsvertrages Abstand nehmen wollen. Aber auch das geht keineswegs mit hundertprozentiger Sicherheit aus dem erwähnten Vereinbarungstext hervor.

Wendet man sich nun dem rein wirtschaftlichen Fragenkomplex zu, so muß leider auch hier eine Note festgehalten werden. Die Wirtschaft ist nämlich, wie wir von ununterrichteter Stelle wissen, überhaupt nicht gefragt und ins Bild gesetzt worden. Wohl man sich auch wandte, antworteten prominente Wirtschaftsexperten, daß sie seien weder informiert noch angehört worden. Auch dieser Teilabschnitt scheint also eher „grüner Tisch“ zu sein.

Die „Empfangung“, die mit großer Betriebsamkeit allüberall verhandelt worden ist, ist einfach eine Mischung, von der allerdings Frankreich, dessen Ministerpräsident demnach zu einer Beschwichtigungspolitik nach Washington führen wird, profitiert.

Das Berliner Echo bedeutet keinen Friedensschluß zwischen Deutschland und Frankreich. Frieden schließen ist ein politischer Akt. Das Geschick Frankreichs hat sich in seinen Grundzügen nicht geändert. Deutschland wird nichts unterlassen dürfen, um diese Sachlage auch der amerikanischen Narxumaden. Die zwei letzten Franzosenfrage waren nichts anderes als ein großangelegter Bluff. Dieser Bluff muß rückwärts entwirrt werden. Der Beginn einer neuen Ära ist nicht eingeleitet. Deutschland als Weltgewalt ist nicht eingeleitet, um den Göttern zu gefallen, sondern es ist, wie stets, aufmerkame Weltfreundlichkeit läßt und das es den Franzosen, für die es durchweg Deutschland terra incognita ist, in Berlin sehr gut gefallen hat, daß niemand bei uns über den wahren Sachverhalt hinwegtäuschen.

## Der Rüstungswaffenstillstand sabotiert

### Genf schafft unverbindliche Formeln

Genf, 28. Sept. In den vertraulichen Beratungen des engeren Mediationsausschusses des Abrüstungsausschusses über den italienischen Vorschlag auf Abschluß eines Rüstungswaffenstillstandes hat man sich auf eine allgemein unverbindliche Formel geeinigt, nach der die Völkerverbundversammlung lediglich den Wunsch ausdrücken soll, daß die Rüstungswaffenstillstände nicht erschöden. Auf französische Wunsch ist jedoch in diese Formel die Verpflichtung zur Erhöhung der „gegenwärtigen“ Rüstungen nicht aufgenommen worden. Diese Formulierung soll in dem abschließenden Bericht näher erläutert werden, in dem auch die Laufzeit des Rüstungswaffenstillstandes freigegeben wird und einzelne Vorbehalte gemacht werden. Dieses Kompromiß wurde noch am heutigen Montagabend im Mediationsausschuss abschließend durchgearbeitet und gelangte in einer Resolution des Ausschusses zur Annahme.

In hunderttägigen Verhandlungen erörterte der Völkerverbundrat am Montag von neuem den japanisch-chinesischen Streitfall, ohne daß ein Fortschritt erzielt werden konnte. Schließlich wurden die Verhandlungen abgebrochen. In der Schlusssitzung des Völkerverbundes am Dienstag wird über die vom Rat auf Grund des Artikels 11 ergriffenen Maßnahmen zur Regelung des Streitfalles berichtet werden.

### Die Präsidenten des Agrarinstituts

Genf, 28. Sept. Der Völkerverbundrat hat heute in gemeinsamer Sitzung die Präsidenten des Internationalen Agrar-Kreditinstitutes ernannt, das unter den Auspizien des Völkerverbundes in Genf errichtet wird. Er wählte zum Präsidenten Hagar (Frankreich) und zum Vizepräsidenten den Generaldirektor des italienischen Bodenkreditinstitutes, di Rota. Das neue internationale Anpothekarkreditinstitut soll seine Tätigkeit noch in diesem Jahre aufnehmen.

### Admiral Hodges demissioniert

London, 28. Sept. Der Kommandant der britischen Atlantikflotte, Admiral Hodges, der zwei Tage vor dem Auslaufen der Flotte nach Invergorban erkrankte und zurückbleiben mußte, ist bis heute noch nicht wieder hergestellt, was ihn veranlaßte, um Entsetzung von seinem Posten zu

bitten. Zu seinem Nachfolger wurde Admiral Kellin bestimmt.

### Diekmann Vorsitzender der Volkspartei-Landtagsfraktion in Sachsen

In einem am Montag von der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei eingebrachten Antrag wird im Hinblick auf die allgemeine Notzeit beantragt, daß die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten, die bekanntlich bereits um 20 Prozent gekürzt ist, eine weitere Kürzung um 20 Prozent erleidet. Der Anspruch auf Aufwandsentschädigung soll für die Monate, in denen der Landtag nicht verammelt ist, ruhen. Um eine sofortige Verhandlung des Antrages zu gewährleisten, soll dieser ohne Aussprache im Plenum unverzüglich an den Rechtsausschuss des Landtages gestellt werden.

In ihrer Sitzung am Montag wählte die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, nachdem der bisherige Fraktionsführer Dr. Müller nach seiner Berufung zum Senatspräsidenten am Reichsgericht sein Landtagsmandat niedergelegt hat, den Abgeordneten Landtagsvizepräsidenten Professor D. Diekmann zum neuen Vorsitzenden der Fraktion.

### Billige Ruheohle für Erwerbslose

Essen, 28. Sept. Am Montag befahte sich die Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats mit der Frage der Kohlenunterhilfe und letzte folgenden Beschlus: Der im Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat zusammenschlossene Ruhrbergbau erklärt sich bereit, im bevorstehenden Winter aus seinen Halbenbeständen verbilligte Rohle für bedürftige Erwerbslose abzugeben. Diese Erwerbslosen-Kohlen kommen nicht in Anrechnung auf die Verkaufsbeteiligung, sind aber umlagepflichtig. Alles weitere wegen der Durchführung dieses Beschlusses bestimmt ein sechsmitgliediger Ausschuss im Einvernehmen mit dem Syndikatsvorstand.

### Dr. Ernst - Reichskommissar für die Banken

Berlin, 28. Sept. Der bisherige Ministerialdirektor im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Dr. Ernst, ist zum Reichskommissar für das Bankgewerbe ernannt worden.

„Ein Berlin...“  
 Berlin, wird durch Hintergründe nur ganz...  
 Der...  
 die Erwar...  
 Deutschland...  
 die Volk...  
 padie, habe...  
 Berliner N...  
 sozialisten...  
 Die Bürger...  
 wachsende...  
 bin, daß...  
 billigen...  
 Völkerverb...  
 Erfolge sel...  
 wählter un...  
 einigen Gr...  
 zu feiern...  
 jedoch nicht...  
 burger W...  
 st a b i n e...  
 tungs“ bel...  
 gezeigt hab...  
 Fingel aus...  
 froche...  
 wieder aus...  
 darauf hin...  
 heit die Po...  
 Opposition...  
 verloren h...  
 Ein...  
 Min...  
 der SPD...  
 Bürgerlich...  
 sozialisten...  
 rungen...  
 auf einen...  
 nationaler...  
 Volk hat...  
 in die...  
 Wägen über...  
 das Hamb...  
 Parteien...  
 fechten...  
 sozialisten...  
 regierung...  
 jehem muß...  
 des deutsc...  
 Ein...  
 Min...  
 tritt am...  
 dem Kom...  
 geordnete...  
 Kommunit...  
 Dr. Rosa...  
 Sie bereit...  
 auszusprechen...  
 barie da...  
 peria...  
 sollen, we...  
 opposition...  
 in denen...  
 geeignete...  
 Die...  
 Fre...  
 Freilauer...  
 funktion...  
 hat in ei...  
 schließung...  
 daß die...  
 Zusammen...  
 habe, und...  
 stehenden...  
 nimmt je...  
 mit der...  
 Ein...  
 De...  
 kann nie...  
 von der...  
 nicht...  
 pflanzen...  
 „Im weit...  
 + W...  
 Kaiser...  
 Sozialis...  
 Familien...  
 Zeitung...  
 Schumann...  
 + W...  
 nächsten...  
 „Die...  
 von Otto...  
 + W...  
 Dieberhol...  
 Interim...  
 R. R. ...  
 Kom...  
 Selva...  
 + D...  
 in Hamme...  
 Hof...  
 + D...  
 20. Septem...  
 verein...  
 zu Geb...  
 die Hall...  
 verhandl...  
 für Rast...  
 Kleden...  
 + W...  
 des Sinn...  
 welches...  
 Brand...  
 den 2...  
 trag...  
 + W...  
 D...  
 die...  
 Dirigent...  
 in dies...  
 Werte...  
 reits me...  
 + W...  
 10...  
 10...  
 10...  
 10...